

Inhalt

Vorbemerkung	15
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung: Diktatur, Demokratisierung und die »Wahlfrage«	25
1. Untersuchungsgegenstand, Erkenntnisinteresse, Aufbau der Studie	25
2. Quellenlage und Forschungsstand	30
3. Theoretischer Rahmen und methodologische Folgerungen	42
3.1. Begründung der Anlage der Untersuchung als zeithistorische Fallstudie	42
3.2. Hypothesen zum Zusammenhang von Demokratisierung, Systemwechsel und der »Wahlfrage« in der DDR	44
Wahlen in der DDR bis 1989: Rechtliche Grundlagen, praktische Entwicklung, politische Funktionen	51
4. Ideengeschichtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen	51
4.1. Ideengeschichtliche Grundlagen:	
Die marxistisch-leninistische Demokratiekonzeption	53
4.1.1. »Objektiver« Freiheitsbegriff: Freiheit als Einsicht	54
4.1.2. Materieller Demokratiebegriff: Demokratie als Klassenherrschaft	54
4.1.3. Elitär-etatistischer Demokratiebegriff: Demokratie als Anleitung	56
4.1.4. Homogenitätspostulat: Demokratie als Kooperation	58
4.1.5. Effizienzpostulat: Demokratie als Konsultation und Mobilisierung	60
4.1.6. Fortschrittspostulat: »Demokratisierung« als dialektische Notwendigkeit	62
4.2. Verfassungsrechtliche Grundlagen I: Die »sozialistischen Wahlgrundsätze« als Rudimente bürgerlicher Wahlvorstellungen	63
4.2.1. Freie Wahl: Freiheit zur Einsicht	65
4.2.2. Allgemeine Wahl: Allgemeinheit als selektive Größe	66
4.2.3. Gleiche Wahl: Gleichheit in der Unmündigkeit	68

4.2.4.	Geheime Wahl: Geheimhaltung als »Überschuß«	69
4.2.5.	Unmittelbare Wahl: Unmittelbarkeit ohne Wirkung	70
4.3.	Verfassungrechtliche Grundlagen II: Die »unverrückbaren sozialistischen Wahlprinzipien« als Ausdruck originär marxistisch-leninistischer Wahlvorstellungen	71
4.3.1.	»Leitung der Wahlen durch die Wähler«: Überwindung des bürgerlichen »Wahlformalismus«	71
4.3.2.	»Volksaussprache über die Grundfragen der Politik«: Wahlkampf als Anleitung	72
4.3.3.	»Kandidatenaufstellung durch die Wähler«: Wahlen als gesellschaftlicher Prozeß	73
5.	Entwicklung der sozialistischen Wahlpraxis in der DDR 1949–1989	75
5.1.	Das Wahlsystem: Die Wahl als Einheitswahl	77
5.1.1.	Die Einheitsliste: Ein Schein-Verhältniswahlrecht	77
5.1.2.	Der Verteilerschlüssel: Vorweggenommenes Wahlergebnis	79
5.1.3.	Die Schlepmandate: Implizite SED-Mehrheit	81
5.1.4.	Die Wahl in Mehrmann-Wahlkreisen: Auswahl zum Schein	82
5.2.	Die Kandidatenaufstellung: Die Wahl als Instrument der Kaderpolitik	83
5.2.1.	Das Nominierungsrecht: Die »Nationale Front« als scheinpluralistischer »Mandatsträger«	83
5.2.2.	Die »Wahlwürdigkeit«: Willkürliche Nominierungskriterien	84
5.2.3.	Die nichtöffentliche Kandidatenvorauswahl: Abgeordnete als Kader	86
5.2.4.	Der öffentliche Nominierungsprozeß: Kandidatenaufstellung und Kandidatenprüfung durch die Wähler?	88
5.2.4.1.	<i>Aufstellung der Kandidaten durch die Wähler?</i>	88
5.2.4.2.	<i>Prüfung der Kandidaten durch die Wähler?</i>	88
5.2.4.3.	<i>Absetzung von Kandidaten durch die Wähler?</i>	92
5.3.	Die »sozialistische Wahlbewegung«: Die Wahl als Mobilisator	94
5.3.1.	Die massenpolitische Arbeit: Wahlagitation und Wahlpropaganda	95
5.3.2.	Die Selbstverpflichtungen der Wähler: »Sozialistisches Schöpfertum« zu Ehren der Wahlen	96
5.3.3.	Die Wahlbenachrichtigungskarten: Instrumente sozialistischer Wahldemoskopie	97
5.4.	Die Wahlorgane: Wahlleitung als Interessenpolitik	98
5.4.1.	Der Staatsrat: Weisungsempfänger des Politbüros	98
5.4.2.	Die Wahlkommissionen: Wahlleitung durch die Wähler?	98
5.4.3.	Die Wahlvorstände: Kooptiert und inkompetent	100
5.5.	Die Stimmabgabe: Wählen als »Zettelfalten«	101

5.5.1.	Die Wählerlisten: Manipulation der Wahlbeteiligung durch »Zweitnumerierung«	101
5.5.2.	Der Stimmzettel: Fehlende Ankreuzmöglichkeiten und undurchsichtige Bewertungskriterien	103
5.5.3.	Die Wahlkabinen: Geheime Wahl als Spießrutenlauf	105
5.5.4.	Frühzeitige/kollektive Stimmabgabe: Maximierung der Wahlbeteiligung durch sozialen Druck	106
5.5.5.	Die Sonderwahllokale: »Polster für den Wahltag«	106
5.6.	Die Feststellung des Wahlergebnisses: Nichtöffentlich und nicht anfechtbar	108
5.6.1.	Auszählung und Öffentlichkeit: Unkontrollierte Ergebnisermittlung	108
5.6.2.	Gültigkeit und Anfechtung: Die Hybris der SED	109
	Zusammenfassung Kapitel 4 und 5	111

Die Kommunalwahl vom 7. Mai 1989:

	Katalysator der Demokratiebewegung	115
6.	Die SED und die Kommunalwahl: Zwischen Selbstbestätigung und Selbstbehauptung	117
6.1.	Das Versagen der SED-Politik im Vorfeld der Kommunalwahlen	117
6.1.1.	Das Scheitern der Repression nach innen	117
6.1.2.	Das Scheitern der Abgrenzung nach außen	122
6.2.	Die Kommunalwahlen und die Politik der Selbstbestätigung der SED	130
6.2.1.	Das strukturelle Wahrnehmungsdefizit der SED	130
6.2.2.	Die Wahlziele der SED	136
6.3.	Die Wahlrechts-»Reform« vom März 1989: Apotheose der extensiven Partizipationsstrategie der SED	145
6.3.1.	Ausweitung des Kreises der nominierungsberechtigten Organisationen: »Ausschöpfen des Wahlgesetzes« als Reformsignal?	146
6.3.2.	Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts: Mobilisierung von Legitimationsreserven	151
6.3.2.1.	<i>Inspiration aus dem Westen: Das Wahlrecht als Variable der DDR-Außenpolitik</i>	151
6.3.2.2.	<i>Der Wille des SED-Generalsekretärs und die DDR-Verfassung: Das Wahlrecht als persönliche Verfügungsmasse</i>	152
6.3.2.3.	<i>Die »Unbedenklichkeitsbescheinigung« durch den Verfassungs- und Rechtsausschuß der Volkskammer: Verfassungsrechtler als Erfüllungsgehilfen</i>	154
6.3.2.4.	<i>Die Reaktion der Volkskammer: Volksvertreter ohne Zivilcourage, Parlament ohne Autorität</i>	156

6.3.2.5.	<i>Die Reaktion der Ausländer: Unverständnis und Desinteresse</i>	157
6.3.2.6.	<i>Die Reaktion der Bevölkerung: Ablehnung und Mißtrauen</i>	159
	Zusammenfassung Kapitel 6	160
7.	Die Blockparteien und die Kommunalwahl: Die Dialektik von Systemtreue und Systemwandel	162
7.1.	Der Handlungsrahmen der Blockparteien	163
7.1.1.	Die Blockparteien als Faktor des Machterhalts der SED	163
7.1.2.	Das Selbstverständnis der Blockparteien als Bestimmungsfaktor ihres »Eigensinns«	166
7.1.3.	Die Aufwertung der Blockparteien durch die Ausdifferenzierung der DDR-Gesellschaft	168
7.1.4.	Die Politik von Glasnost und Perestrojka und die Persönlichkeiten der Parteiführer als Bestimmungsfaktoren für den Handlungsrahmen der Blockparteien	170
7.2.	Die LDPD vor den Kommunalwahlen: Zwischen fortgesetzter Anpassung und vorsichtiger Ausdehnung	171
7.2.1.	Gerlachs Positionierung der LDPD: Gegenkurs als Integrationsversuch?	174
7.2.2.	Die Vorstellungen der LDPD für institutionelle Veränderungen im politischen System der DDR	179
	Zusammenfassung Kapitel 7	182
8.	Die Träger der Wählerinitiativen zur DDR-Kommunalwahl 1989: Von der individuellen Verweigerung zur kollektiven Aktion	183
8.1.	Die Bevölkerung und die Kommunalwahl: Von partieller Verweigerung zu offener Konfliktbereitschaft	186
8.1.1.	Formen der partiellen Verweigerung der systemloyalen Masse: Wahl in Sonderwahllokalen, Drohung mit Wahlverweigerung, Wahleingaben	188
8.1.2.	Formen der Verweigerung regimekritischer Bürger: Gegenstimme und Nichtteilnahme	193
8.1.3.	Systemgegnerschaft und Wahlfrage: Die Ausreiser als treibende Kraft der Wählerinitiativen	198
8.2.	Die evangelische Kirche: Zwischen Obrigkeit und Opposition	202
8.2.1.	Die Politisierung der Amtskirche und die Wahlfrage	203
8.2.2.	Die kirchlichen Basisgruppen: Zwischen innerkirchlicher Lobbyarbeit und politischer Emanzipation	208
8.3.	Die staatsunabhängigen Gruppen: Von der Gesellschaftskritik zur Machtfrage	218

8.3.1.	Die Zielperspektiven der Regimekritiker in der Honecker-Ära und die Wahlfrage	219
8.3.2.	Von der Friedensfrage zur Wahlfrage	221
	Zusammenfassung Kapitel 8	223
9.	Die Konzepte der Wählerinitiativen: »Über das Nein hinaus«	225
9.1.	Wahlbewußtsein: Analyse, Aufklärung, aktive Beteiligung	226
9.1.1.	Analyse: Welche Rechte hat der Wähler?	227
9.1.2.	Aufklärung: Öffentlichkeitsarbeit als Bewußtseinsbildung	228
9.1.3.	Aktive Beteiligung: Das SED-Regime beim Wort nehmen	233
9.2.	Wahlboykott: Neinstimme oder Nichtteilnahme?	239
9.2.1.	Die »Strategie der Partizipation«: Reformistischer Gradualismus	240
9.2.2.	Die »Strategie der Verweigerung«: Defensiver Ablehnung	243
9.2.3.	Die »Strategie der Freiheit«: Konfrontative Verweigerung	245
9.3.	Wahlbeteiligung: Aufstellung alternativer und unabhängiger Kandidaten	250
9.3.1.	Der gradualistische Ansatz: Alternative Kandidaturen auf der Einheitsliste	250
9.3.1.1.	<i>Das Scheitern alternativer Kandidaturen: Ursachen und Folgen</i>	253
9.3.1.2.	<i>Ausnahmeerfolg alternative Abgeordnete: Bedingungen und Bedeutung</i>	256
9.3.2.	Der radikale Ansatz: Unabhängige Kandidaturen gegen die Einheitsliste	260
9.3.2.1.	<i>Unabhängige Kandidaturen und die Parteienfrage: »Top-Down« oder »Bottom-Up«?</i>	260
9.3.2.2.	<i>Das »Netzwerk »Arche«: Die erste DDR-Oppositionspartei?</i>	263
9.4.	Wahlkontrolle: Nachweis des systematischen SED-Wahlbetrugs	266
9.4.1.	Unabhängige Wahlkontrollen in der DDR vor 1989	267
9.4.2.	Die Vorbereitung der Wahlkontrolle 1989: Planung, Popularisierung, Durchführung	272
	Zusammenfassung Kapitel 9	278
10.	Die Folgen der Kommunalwahl: Delegitimierung der SED, Mobilisierung von Protest	280
10.1.	Die administrative Offensive gegen den Wahlbetrug: Eingaben, Einsprüche, Anzeigen	280
10.2.	Die Reaktion des SED-Regimes: Verleugnung, Blockade, Einschüchterung	283
10.3.	Die politische Offensive gegen den Wahlbetrug: Mobilisierung von Öffentlichkeit und Protest	285

10.3.1.	Die »Wahlparty« und die Gründung der »Koordinierungsgruppe Wahlen«	286
10.3.2.	Die Dokumentation »Wahlfall '89« und die Vernetzung der Gruppen	288
10.3.3.	Die Wahldemonstrationen als Vorboten der Massendemonstrationen des Herbstes	290
10.3.3.1.	<i>Die Wahldemonstrationen in Leipzig: Vorläufer der »Montagsdemonstrationen«</i>	290
10.3.3.2.	<i>Die monatlichen Wahldemonstrationen in Berlin: Das erschöpfte Drohpotential der Staatsmacht und die Demütigung der SED am 40. Jahrestag der DDR</i>	294
10.4.	Das Einschwenken der Amtskirche auf Oppositionskurs	300
10.5.	Die endgültige Delegitimierung des DDR-Wahlsystems und der SED-Herrschaft	303
	Zusammenfassung Kapitel 10	307

Reform als Revolution?

	Wahlrechtsentwürfe des Herbstes 1989	311
11.	Die Haltung der SED zu einer Demokratisierung des Wahlrechts: Varianten statt Alternativen	313
11.1.	Der Parteiapparat: Abschied vom Einheitspostulat?	314
11.1.1.	Die parteiinterne Analyse der Kommunalwahlen 1989	314
11.1.2.	Schlußfolgerungen für die nächste Wahl	315
11.1.3.	Die Zukunft der Wahlen und die Macht der SED	320
11.2.	Die Parteiwissenschaftler: Von der Legitimation über Inhalte zur Legitimation durch Verfahren?	322
11.2.1.	Intensive Partizipation als Bedingung effizienter Produktion	323
11.2.2.	Institutionelle Konsequenzen: Legitimation durch Verfahren?	326
11.2.3.	Folgenlose Rezeption durch die neue SED-Führung	333
11.3.	Die intellektuellen Partei-»Reformer«: Varianten statt Alternativen	335
11.3.1.	Das erste FPST-Papier: »Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED«	335
11.3.2.	Das zweite FPST-Papier: »Wie wollen wir mit den entstandenen informellen politischen Gruppen und Bewegungen umgehen?«	341
11.3.3.	Folgenloses Wunsdenken der SED-»Reformer«	346
11.4.	Die Parteiführung: Von der Verweigerung zur Frontbegradigung	349
11.4.1.	Krenz auf der Suche nach einer Strategie: Schlußstrich, Ablenkung, Verschleppung	349
11.4.2.	Das Bonner Junktim: Westgeld gegen freie Wahlen	357

11.4.3.	Der Mauerfall und die Wahlfrage: Verlust des letzten Trumpfes	365
11.4.4.	Das SED-Aktionsprogramm, Modrows »Koalitionsregierung« und die Aufwertung der Volkskammer	371
11.4.5.	Einladung zum Runden Tisch und Entscheidung zur Frontbegradigung	385
	Zusammenfassung Kapitel 11	394
12.	Die Wahlgesetzinitiative der LDPD: Das erfolgreiche Scheitern der LDPD in der Wahlfrage	398
12.1.	Die LDPD zwischen sozialistischer Oligarchie und demokratischem Pluralismus	399
12.1.1.	Die Wahlfrage in den »Vorschlägen« der LDPD für den XII. SED-Parteitag und ihre Zuspitzung durch die Kommunalwahl	399
12.1.2.	Aussprache mit der SED über die Wahlfrage und der LDPD-Problemkatalog	403
12.1.3.	LDPD-Offensive in der Wahlfrage und Versagen Gerlachs	408
12.2.	Die Entstehung des LDPD-Wahlgesetzentwurfs: Abschied von der »sozialistischen« Wahl	411
12.2.1.	Der Wettlauf um die Besetzung der Wahlfrage	413
12.2.2.	Die »Westschiene« der LDPD, die Einsetzung des »Zeitweiligen Ausschusses« und die Fertigstellung des LDPD-Entwurfs	419
	Zusammenfassung Kapitel 12	424
13.	Wahlrechtskonzeptionen der Oppositionellen: Die Konkretisierung der Wahlfrage zur Wahlrechtsfrage	426
13.1.	Die Wahlrechtskonzeption des Neuen Forums: Entmachtung der SED durch Basisdemokratie?	433
13.1.1.	Der PRO-Entwurf: Zwischen empirischer Wahlerfahrung und theoretischem Demokratieanspruch	437
13.1.1.1.	<i>Wahlsystem: Personen-Blockwahl mit nicht intendierten Konsequenzen</i>	439
13.1.1.2.	<i>Kandidatenaufstellung und Wahlkampf: Personalisiertes Wahlverständnis</i>	441
13.1.1.3.	<i>Wahlorgane und Wahlleitung: Unterentwickeltes Institutionenverständnis</i>	442
13.1.1.4.	<i>Stimmabgabe/Wahlhandlung: Unübersichtliche Stimmzettel, unklare Gültigkeitskriterien</i>	443
13.1.1.5.	<i>Stimmenausählung und Feststellung des Wahlergebnisses: Transparenz- und Rechtswegegarantie</i>	444

13.1.1.6.	<i>Stellung des Abgeordneten: Festhalten am imperativen Mandat</i>	445
13.1.2.	Der Rodenwald-Entwurf: Plädoyer für einen »Dritten Weg« aus westlicher Sicht	447
13.1.2.1.	<i>Rodenwalds Überarbeitung des PRO-Entwurfs</i>	448
13.1.2.2.	<i>Rodenwalds Adaption des LDPD-Entwurfs</i>	455
13.2.	Der Wahlgesetzentwurf von Demokratie Jetzt: Zwischen Reformsozialismus und Parteiendemokratie	462
13.2.1.	Die Initiative für einen Volksentscheid über die SED-Führungsrolle: Ausweichen vor der Kernfrage?	467
13.2.2.	Das Arbeitspapier »Freie Wahlen – aber wie?«: Wahlen als Endpunkt des Demokratisierungsprozesses?	469
13.2.3.	Der Apfeld/Cimanowski-Entwurf: Parteienwahlrecht statt Basisdemokratie?	473
13.3.	Wahlfrage und Wahlrechtskonzeptionen in der SDP: Parteiendemokratie als Antwort auf den SED-Totalitarismus	476
13.3.1.	Die SDP und die Wahlfrage: Handlungsfähigkeit statt »Dritter Weg«	476
13.3.1.1.	<i>Wahl oder verfassungsgebende Versammlung?</i>	479
13.3.1.2.	<i>Die Wahlfrage und das Verhältnis zur West-SPD</i>	481
13.3.2.	Der »Leipziger SDP-Entwurf«: Zwischen realsozialistischer Prägung und demokratischem Anliegen	484
13.4.	Der »Dresdner Weg« und der Wahlgesetzentwurf der »Gruppe der 20«: Zwischen Selbstbefreiung und SED-Beeinflussung	490
13.4.1.	Die Legitimierung und Institutionalisierung der politischen Opposition gegen die SED in Dresden	490
13.4.2.	Der »Dresdner Weg« und die Wahlfrage: Die Zeitweilige Arbeitsgruppe »Bürgerverantwortung, Bürgermitbestimmung, Bürgervertretung«	495
13.4.3.	Der »Dresdner Entwurf«: Das Grabenwahlsystem der »Grundzüge des neuen Wahlrechts« vom 6. Dezember 1989	505
	Zusammenfassung Kapitel 13	513

Vom »Zettelfalten« zum Wählen:

	Die Durchsetzung freier Wahlen in der DDR	517
14.	Der Kampf um das Verfahren: Einbindung der Opposition oder Kontrolle der Regierung?	518
14.1.	Die Konstituierung des Runden Tisches und der Konflikt mit der Volkskammer	518
14.1.1.	Selbstverständnis und Funktionslogik des Runden Tisches im Licht der Wahlfrage	518

14.1.2.	Das Legitimationspatt zwischen Volkskammer und Runden Tisch	525
14.1.3.	Modrow und die Volkskammer gegen den Runden Tisch: Einbinden und Zersplittern	530
14.2.	Die Wahlfrage in den Ausschüssen der Volkskammer und den Arbeitsgruppen des Runden Tisches	546
14.2.1.	Die Arbeitsgruppen des Runden Tisches: Bedeutung und Funktionsweise	546
14.2.2.	Wettlauf um den Wahlgesetzentwurf: Wer übernimmt die Initiative?	549
14.2.2.1.	<i>Der »Zeitweilige Volkskammerausschuß zur Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes«: Die Entstehung des Volkskammer-Entwurfs</i>	549
14.2.2.2.	<i>Die Arbeitsgruppe »Neues Wahlgesetz« des Runden Tisches: Kontrolle statt Initiative</i>	554
	Zusammenfassung Kapitel 14	562
15.	Der Kampf um den Wahltermin: Zwischen »Frontbegradigung« und Demokratisierung	564
15.1.	Der Kompromiß: Die Entscheidung für den Wahltermin 6. Mai 1990	570
15.2.	Die unverhoffte Gelegenheit: Der Konflikt um die Vorziehung von Kommunalwahlen und die Frage der Stabilisierung der DDR	578
15.2.1.	Das Interesse der SED an frühen Kommunalwahlen	578
15.2.2.	Demokratisierung des Hauptes oder der Glieder?	580
15.2.3.	Modrow und der »kategorische Imperativ des Mitmachens«	585
15.3.	Der Coup: Die Vorziehung des Wahltermins auf den 18. März 1990 und das Zustandekommen der »Regierung der Nationalen Verantwortung«	591
15.3.1.	Die Opposition in der Verantwortung	591
15.3.2.	Die Zäsur des 28. Januar 1990	597
15.3.3.	Wirkung und Nachspiel des Johannishof-Coups	606
	Zusammenfassung Kapitel 15	612
16.	Der Kampf um das Wahlsystem: Interessen integrieren oder abbilden?	615
16.1.	Der <i>multiple choice</i> -Entwurf der Volkskammer: Verhältnis- oder Mischwahlrecht?	617
16.1.1.	Der Bruch mit dem sozialistischen Partizipationsverständnis und der Bruch zwischen den Alten Kräften über die Wahlrechtsfrage	617
16.1.2.	Reaktionen auf den Volkskammer-Entwurf	623

16.2.	Der Streit um ein personalisiertes Verhältniswahlrecht: Lose oder starre Listen?	626
16.2.1.	Das Scheitern des Verhältniswahlrechts mit loser Liste	626
16.2.2.	Personalisierung über das imperative Mandat?	629
16.3.	Die Frage der Sperrklausel: Explizite und implizite Wahlhürden	632
16.3.1.	Der Streit um eine Prozentklausel: Regierungsfähigkeit oder Repräsentanz?	632
16.3.2.	Das Problem der impliziten Hürde: Listenverbindungen und verbundene Liste	637
16.4.	Der Kampf um das Recht auf Wahlvorschlag: Parteien und Vereinigungen?	640
16.4.1.	Der Streit der Neuen Kräfte um die Zulassungsfrage und das Scheitern eines oppositionellen Wahlbündnisses	641
16.4.1.1.	<i>Die Strukturdebatte innerhalb der »Bürgerbewegungen«</i>	641
16.4.1.2.	<i>Der Konflikt zwischen Oppositionsparteien und »Bürgerbewegungen«</i>	646
16.4.1.3.	<i>Das Scheitern des oppositionellen Wahlbündnisses</i>	648
16.4.2.	Die Zulassungsfrage am Runden Tisch: Zwischen Entscheidungszwang und Selbstblockade	653
	Zusammenfassung Kapitel 16	668
17.	Der Kampf um Chancengleichheit: Die Opposition zwischen Zurückweisung und Zurückhaltung	671
17.1.	Der Kampf der Opposition um Arbeitsfähigkeit und Öffentlichkeit	674
17.1.1.	Der Kampf um eine materielle »Erstausstattung«	674
17.1.2.	Der Kampf um Zugang zu den DDR-Medien	678
17.2.	Der Streit um die Parteienfinanzierung: Neuregelung ohne Offenlegung?	685
17.2.1.	Der Kampf um die Offenlegung der Altparteienfinanzen	685
17.2.2.	Die gescheiterte Neuregelung der Parteienfinanzierung	696
17.3.	Die Frage der Westhilfe und die Neuformierung des Parteiensystems	702
17.3.1.	Aufbauhilfe: Vorbehalte aus dem Westen	703
17.3.2.	Wahlkampfhilfe: Vorbehalte im Osten und der Streit um die Westredner	707
	Zusammenfassung Kapitel 17	715
18.	Schlußbetrachtung: Das demokratische DDR-Wahlrecht, Komprimat der friedlichen Revolution von 1989/90	718
	Quellen- und Literaturverzeichnis	723
	Angaben zum Autor	743